
VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER
TECHNISCHEN HOCHSCHULE
ZU DARMSTADT E. V.

JAHRESBERICHT
1981

Bericht

über die 56. Hauptversammlung am
13. November 1981

Ort: Kékulé-Hörsaal der Technischen Hochschule Darmstadt, Petersenstr. 21

Zeit: 14 Uhr 15

Anwesend: Etwa 95 Mitglieder und Gäste

Der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, begrüßte die Anwesenden mit folgenden Worten:

Meine Damen und Herren!

Zur 56. Hauptversammlung unserer Vereinigung darf ich Sie alle sehr herzlich willkommen heißen. Ich stelle fest, daß die Einladungen form- und fristgerecht erfolgt sind, und daß die Hauptversammlung damit beschlußfähig ist. An dieser Stelle pflege ich immer einige Persönlichkeiten besonders zu begrüßen, darunter mit an erster Stelle den Präsidenten unserer Technischen Hochschule, Herrn Professor Böhme. Der Präsident kann zu unserer Jahrestagung nicht kommen, weil seine Gattin vor wenigen Tagen in Italien plötzlich verstorben ist. Herr Professor Böhme ist noch im Ausland und wird erst in einigen Tagen zurück erwartet. Ich hoffe in Ihrer aller Sinne zu handeln, wenn ich dem Präsidenten das Beileid der Vereinigung zu diesem schweren Schicksalsschlag zum Ausdruck bringe. Namentlich begrüßen möchte ich Herrn Stadtrat Mellinghoff, der freundlicherweise die Grüße des Herrn Oberbürgermeisters und des Magistrats der Stadt Darmstadt überbracht hat. Ferner möchte ich die Vertreter der Darmstädter Presse begrüßen und hoffe, daß sie wieder eingehend über unsere Jahresversammlung berichten werden.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung **Beratungen des Vorstandsrates** bat Herr Dr. Toeller den Vorsitzenden dieses Gremiums, Herrn Professor Humbach, die Leitung der Versammlung zu übernehmen. Eine Niederschrift über diese Vorstandsratssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung **Bericht über das Vereinsjahr 1980/81** gedachte Herr Dr. Toeller zunächst der Mitglieder, die seit der Jahrestagung 1980 aus unseren Reihen geschieden sind. Es verstarben

- am das **Vorstandsratsmitglied**
11. 3. 1981 Winfried Sabais, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt
die Mitglieder
10. 8. 1980 Ehrensator Fabrikant Hermann Traub, Reichenbach/Fils
4. 10. 1980 Dr.-Ing. Hans-Joachim Dreyer, Stuttgart
17. 12. 1980 Dr.-Ing. Hans F. Schneider, Friedrichshafen
25. 12. 1980 Dipl.-Ing. Hans Griem, Darmstadt
14. 1. 1981 Dipl.-Ing. Paul Harke, Königstein
27. 1. 1981 Prof. Dr.-Ing. habil. Hermann Holler, Frankfurt am Main
21. 2. 1981 Ehrensator Dr.-Ing. Alfons Haug, Baienfurt
6. 3. 1981 Ehrensator Alfred G. Seeger, Verbier, Schweiz

- 4. 4. 1981 Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Wilhelm Heubling, Bonn
- 5. 7. 1981 Dr. med. Hans A. Wagner, Bad König
- 24. 7. 1981 Dr. Norbert Tilmann, Oberstleutnant a. D., Darmstadt
- 10. 9. 1981 Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Walter Heimann, Schlagenbad-Georgenborn
- 1. 10. 1981 Prof. Dr. Gerhard Solle, Darmstadt
- 11. 10. 1981 Dr.-Ing. E. h. Ernst G. Martens, Nordenham

Der Vorsitzende dankte der Versammlung, die sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben hatte, und gab dann einige Zahlen zur Mitgliederbewegung bekannt: Zu Beginn des Berichtsjahres 1980/81, also am 1. April 1980, hatte unsere Vereinigung 1481 Mitglieder und am Ende des Berichtsjahres, am 31. März 1981, 1492 Mitglieder. Im laufenden Vereinsjahr, also seit dem 1. April 1981, waren 32 Neueintritte, darunter 10 von Absolventen der THD, 8 Verstorbene und 17 Austritte zu verzeichnen, so daß sich die Mitgliederzahl bis heute unwesentlich auf 1499 erhöht hat. Die Mitgliederwerbung bleibt weiterhin eine der wichtigsten Aufgaben der Vereinigung, die sich durch Mißerfolge nicht entmutigen lassen darf und wird.

Dann führte Herr Dr. Toeller folgendes aus:

Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte ich Ihnen einen Bericht über die beiden in diesem Jahr stattgefundenen Vorstandssitzungen geben.

Die erste, am 12. Juni dieses Jahres, diente hauptsächlich der Vorbereitung dieser Jahresversammlung. Wir beschlossen, die Besichtigungen wieder in den Instituten des Maschinenbaus durchzuführen, nachdem wir im Jahre 1977 zuletzt in diesem Bereich einige Institute, aber natürlich längst nicht alle, besichtigt hatten. In den dazwischenliegenden Jahren waren wir zu Gast bei der organischen Chemie, bei der Elektrotechnik und bei der Physik. Ergänzend zu den Forschungsberichten der Hochschule, die dem Interessierten einen guten Einblick in die Forschungstätigkeit der einzelnen Institute geben, ist eben doch ein persönlicher Besuch in einem Institut, die Vorführung der Apparaturen, die Diskussion mit den Institutsangehörigen über ihre Forschungsergebnisse noch wesentlich einprägsamer. Außerdem wird uns dadurch ja auch vielfach das Verständnis für die Unterstützungsanliegen der Institute wesentlich erleichtert. Es ist zu bedauern, insbesondere angesichts der Mühe, die sich die Institute bei der Vorbereitung der Besichtigungen machen, daß die Besucherzahlen nicht größer sind, zumindest derjenigen Mitglieder, die als Pensionäre über ihre Zeit verfügen können. Gerade der Einblick in Institute, die nicht zum eigenen Fachgebiet gehören, ist oft besonders anregend. Ich hoffe, daß mein Appell an die Älteren unter uns auf fruchtbaren Boden fallen möge.

Wir haben weiterhin über die in diesem Jahr fälligen Wahlen für Vorstand und Vorstandsrat diskutiert. Hierauf werden wir ja unter Punkt 5 der Tagesordnung

noch näher eingehen. Eine Bemerkung zu diesem Thema, die meine Person betrifft, werde ich noch am Schluß meiner Ausführungen machen.

Wir haben in dieser Vorstandssitzung auch die Frage der Beiträge angeschnitten, haben aber das Thema auf nächstes Jahr vertagt, um die Diskussion besser vorbereiten zu können. Nachdem unsere Beitragssätze viele Jahre hindurch unverändert geblieben sind, werden Sie Verständnis dafür haben, daß eine Überprüfung der Beitragsfrage angebracht erscheint.

Schließlich haben wir noch über das neu gegründete Kuratorium „Küpfmüller-Ring“ gesprochen und unserem Vertreter in diesem Gremium, Herrn Professor Oppelt, mitgeteilt, daß wir die Kosten in Höhe von etwa 1000 bis 1500 DM für den erstmalig zu verleihenden Küpfmüller-Ring übernehmen, und zwar aus Spenden, die der Fachbereich 18 für eine Ehrung von Herrn Professor Küpfmüller erhalten hat. Die dann noch vorhandenen Mittel reichen allerdings für die Beschaffung weiterer Ringe nicht aus. Wir müssen dann zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden, ob wir die weitere Finanzierung übernehmen wollen. Da auch andere Fördervereine von Universitäten Preise für besondere Leistungen stiften, lägen wir damit nach meiner persönlichen Ansicht noch im Betätigungsrahmen unserer Vereinigung. Aber darüber können wir ja zu gegebener Zeit diskutieren.

In der zweiten Vorstandssitzung am 22. Oktober haben wir uns wie immer mit den eingereichten Unterstützungsanträgen der Institute befaßt, wobei Herr Präsident Böhme dankenswerterweise wiederum Entscheidungshilfe leistete. Die Leitlinien, die wir uns im Laufe der Jahre im Vorstand für die Vergabe von Mitteln erarbeitet haben, und die ich in der letzten Jahresversammlung bekanntgegeben hatte, haben dazu geführt, daß die Zahl der Anträge, die völlig aus unserem Bewilligungsrahmen herausfallen, verhältnismäßig klein war. Zur Abrundung des Bewilligungsrahmens möchte ich aber noch auf Folgendes hinweisen: Immer wieder werden wir darum gebeten, Abonnements von wissenschaftlichen Zeitschriften zu finanzieren. Wir haben uns aber bekanntlich die Aufgabe gestellt, in erster Linie dort Unterstützung zu gewähren, wo ein einmaliger, nicht regelmäßig wiederkehrender Notzustand eingetreten ist. Mit der Übernahme von Zeitschriftenabonnements würden wir uns aber praktisch auf eine laufende Zahlung über Jahre hinaus verpflichten. Das ist grundsätzlich nicht möglich. Etwas anderes ist es, wenn ein Institut einmalig frühere Jahrgänge einer wissenschaftlichen Zeitschrift erwerben will. Es ist dann allerdings im Regelfalle nicht unsere Aufgabe, dann auch noch die Kosten für eventuell anfallende Einbindearbeiten zu übernehmen. Hat dagegen ein Institut eine größere Bücher- oder Zeitschriftenspende erhalten, für die neue Regale beschafft werden müssen, so ist dieses eine einmalige Beschaffung zur Erleichterung der wissenschaftlichen Arbeit, die wir, wenn möglich, gern finanziell unterstützen.

Schließlich sind wir uns im Vorstand darüber einig, und finden darin sicherlich auch Ihre Billigung, daß wir nicht die Beschaffung von Gegenständen finanzia-

ren können, die zur routinemäßigen Ausstattung eines Instituts gehören. In den vergangenen Jahren waren es elektronische Taschenrechner, die in großer Zahl beantragt wurden, neuerdings Apparate aus dem EDV-Bereich oder Software-Kosten für die Anpassung eines vorhandenen Institutsrechners an den Zentralrechner der Hochschule. Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß wir für Reisen zu wissenschaftlichen Kongressen dem Herrn Präsidenten einen Fonds zur Verfügung stellen. Diesbezügliche Anträge bitte ich also an ihn und nicht an uns zu stellen. Und noch ein letzter Hinweis: Antragsteller, die im vergangenen Jahr bedacht wurden, müssen aus Gründen der Gerechtigkeit zurückstehen gegenüber denjenigen, die im vergangenen Jahr keine Zuwendung erhalten haben, zumindest müssen im Vorjahr bedachte Antragsteller damit rechnen, daß sie mit ihrem Antrag unter einer niedrigeren Dringlichkeitsstufe rangieren.

Natürlich sind dieses alles nur Richtlinien und keine starren Vorschriften. In Einzelfällen weichen wir von diesen Richtlinien ab, etwa wenn ein kleiner Rechner Bestandteil einer größeren Forschungseinrichtung ist, oder wenn es unsere Mittel – wie in diesem Jahr – erlauben, auch noch einige Institute zu berücksichtigen, die bereits im vergangenen Jahr bedacht worden sind.

Soviel über die Beratungen der diesjährigen beiden Vorstandssitzungen.

Lassen Sie mich nun kurz eingehen auf die Situation des Waldemar-Petersen-Hauses, der Skihütte der Hochschule in Riezlern im Walsertal. Diese Skihütte der Hochschule mit zu betreuen, war schon immer ein Anliegen unserer Vereinigung, weshalb wir ja in dem Kuratorium der Waldemar-Petersen-Stiftung ex officio stets durch den 1. Vorsitzenden unserer Vereinigung vertreten sind. Die letzte Kuratoriumssitzung fand am 29. Oktober 1981 statt, die sich im wesentlichen mit weiteren Investitionen am Haus und mit den Pensionspreisen sowie den Gehältern der Angestellten befaßte. Der Jahresbericht über das Jahr 1980, der im Mai dieses Jahres von Herrn Oberamtsrat Ripper erstellt wurde, führt die Verbesserungen auf, die im Jahr 1980 vorgenommen wurden. Im wesentlichen handelt es sich um die Herrichtung des Parkplatzes und der Zufahrtstraße zum Haus mit einem Kostenaufwand von 32600 DM, der zum größten Teil aus den laufenden Einnahmen, zu einem geringeren Teil aus einem Landeszuschuß, gedeckt wurde. Wir haben der Waldemar-Petersen-Stiftung ein weiteres Darlehen von 25000 DM angeboten, das in diesen Tagen überwiesen werden kann, nachdem die Eintragungen im Grundbuch vorgenommen sind.

Die Belegung des Hauses zeigt mit 10900 Übernachtungen erfreulicherweise weiterhin einen leichten Aufwärtstrend. Der Jahresabschluß – mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von ca. 350 000 DM – weist ein verhältnismäßig kleines Minus von 6000 DM auf, was bei einer Investitionssumme von ca. 44 000 DM zu erwarten war, steuerlich sogar erwünscht ist. Bisher hat Österreich – im Gegensatz zur Bundesrepublik – die Gemeinnützigkeit des Waldemar-Petersen-Hauses noch nicht anerkannt. Ein entsprechender Antrag wurde von unserem

Steuerprüfer in Riezlern dem Bundesfinanzministerium in Wien überreicht. Bisher liegt noch keine Stellungnahme vor. Sollte die Gemeinnützigkeit seitens Österreichs nicht anerkannt werden, müssen wir weiterhin Körperschafts- und Gewerbesteuer bezahlen. Angesichts der notwendigen Anhebung der Personalgehälter und den Kostensteigerungen beim Küchenbedarf hat das Kuratorium eine Anhebung der Pensionspreise ab 1. Januar 1982 um durchschnittlich 1 DM beschlossen. Der höchste Pensionspreis, das ist derjenige für Erwachsene bis 5 Tage Aufenthalt, beträgt dann statt 31,20 DM nunmehr 32,20 DM, was angesichts des guten Zustandes des Hauses und der hervorragenden Verpflegung immer noch bemerkenswert preiswert ist.

Zu den baulichen Verbesserungen, die am Haus dringend vorgenommen werden müssen, zählt in erster Linie die Erneuerung des Terrassendaches, das undicht geworden ist und noch vor Eintritt des Winters erneuert werden muß. Die neue Betondecke ist bereits gegossen, es muß nur noch die Isolierung fertiggestellt werden. Dadurch entstehen Ausgaben von etwa 34 000 DM. Der finanzielle Spielraum wird in diesem Jahr zwar eng werden, aber bei weiterhin guter Belegung hoffen wir, über die Runden zu kommen. Mit großer Anerkennung sei noch angemerkt, daß die Hochschulverwaltung in jedem Jahr ihre Handwerker, hauptsächlich die Schreiner, für eine Woche zum Waldemar-Petersen-Haus schickt, die dort alle notwendigen Reparaturen und Erneuerungen vornehmen.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich wie gewohnt noch einige allgemeine Bemerkungen über die Situation an unseren Hochschulen machen. Wir alle wohl verfolgen über den Bereich unserer Darmstädter Hochschule hinaus mit großem Interesse und mit erheblicher Sorge die Entwicklung der Bildungspolitik in unserem Land, insbesondere die Frage, ob der Nachwuchs in den akademischen Berufen qualitativ und quantitativ dem zukünftigen Bedarf unserer Volkswirtschaft gewachsen ist. Die Industrieunternehmen, welche die Hochschule mit namhaften Geld- und Sachspenden unterstützen, tun dieses ja nicht zuletzt um mitzuhelfen, daß hier an dieser Hochschule Ingenieure und Naturwissenschaftler herangebildet werden, die den zukünftig an sie gestellten Anforderungen entsprechen, sowohl hinsichtlich ihrer Fachkenntnisse als aber auch ihrer Persönlichkeitsstruktur. Ein Wirtschaftsunternehmen steht und fällt nun einmal mit der Qualität der Männer, die an seiner Spitze stehen.

Viele Gremien – Wirtschaftsorganisationen, Wissenschaftsorganisationen und die Hochschulen selbst – befassen sich seit Jahren mit diesen Problemen und machen Verbesserungsvorschläge. Aber die meisten bleiben in einer festgefahrenen und politisch orientierten Kultusbürokratie hängen. Beispielsweise sollten die Kultusminister angesichts der immer katastrophaler werdenden

Verschuldung von Bund und Ländern den Mut haben, Prioritäten bei der Verteilung der Mittel an die Hochschulen zu setzen und zur Kenntnis zu nehmen, daß ein Student der Naturwissenschaften oder der Ingenieurwissenschaften durch seinen Bedarf an experimentellen Mitteln wesentlich kostenaufwendiger ist als ein Student der reinen Buchwissenschaften. Es ist volkswirtschaftlich unverantwortlich, wenn die zur Verfügung stehenden knappen Mittel nach dem Gießkannenprinzip gleichmäßig auf alle Fächer, von der Sozialpädagogik bis zur Physik, ohne Berücksichtigung ihres spezifischen Bedarfs verteilt werden. Wie Sie alle wissen, herrscht in der Industrie ein großer Mangel an akademischen Ingenieuren. Eine Untersuchung der deutschen Arbeitgeberverbände ergab, daß jedes fünfte Unternehmen, das Diplomingenieure beschäftigt, seinen Bedarf an Ingenieuren nicht decken kann. Hierfür gibt es mehrere Ursachen. Der öffentliche Dienst hat in den letzten Jahren erheblich mehr Ingenieure eingestellt, die Zahl der freiberuflich tätigen Ingenieure ist gestiegen, und schließlich benötigt die Industrie erheblich mehr Ingenieure als früher, um mit ihren Produkten auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Jedes Industrieunternehmen muß heute vergleichsweise erheblich mehr Ingenieure als früher, beispielsweise für die Innovation, die Qualitätssicherung und die Senkung der Fertigungskosten, einsetzen. Die Zahl der Studienanfänger in den technischen Disziplinen war in den letzten Jahren völlig unzureichend, weil auf Kirchentagen und durch Bürgerinitiativen eine Technikfeindlichkeit propagiert wird – vielfach unter Berufung auf eindrucksvolle ökologische Gesichtspunkte und Heilserwartungen –, die nicht ohne Einfluß auf die Berufsentscheidung vieler jungen Menschen bleibt.

Allerdings scheinen sich neuerdings andere entgegengesetzt wirkende Überlegungen bei der Berufsentscheidung bemerkbar zu machen. Die wachsende Zahl arbeitsloser Lehrer dürfte manchen Abiturienten, der eigentlich Mathematik- oder Physiklehrer werden wollte, doch dazu bewegen, sich mit seinem Studium auf eine Tätigkeit in der Industrie vorzubereiten. Jedenfalls ist der Zustrom zu den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in letzter Zeit erfreulich gestiegen, soweit mir bekannt ist, insbesondere an der TH Darmstadt, wohl nicht zuletzt aufgrund ihres guten Rufes in der Öffentlichkeit. Hoffen wir, daß dieser Trend anhält. Die Industrie wird allerdings noch eine erkleckliche Anzahl von Jahren warten müssen, bis sich dieser Studienanfängeranstieg in einem größeren Output von fertigen Ingenieuren bemerkbar machen wird.

Wenden wir unseren Blick von der Quantität zur Qualität der Ingenieurausbildung. Die Ursache mancher Unzulänglichkeiten liegt ja gar nicht in den Hochschulen, sondern in unserem jetzigen Schulsystem. Ich hatte vor einem Jahr an dieser Stelle den Vorschlag gemacht, alle Lehrer sollten, bevor sie auf unsere Jugend losgelassen werden, zunächst einmal durch praktische Tätigkeit die Arbeitswelt in der Wirtschaft kennenlernen. Mit Genugtuung habe ich vor wenigen Wochen erfahren, daß der Kultusminister von Rheinland-Pfalz diesen

Gedanken verwirklichen will. Ob das in Hessen auch zu verwirklichen wäre? Sicherlich könnten dadurch manche utopische Vorstellungen, von denen unsere Schulen durchsetzt sind, abgebaut werden. Ich meine damit alles, was heute unter der sogenannten „emanzipatorischen Pädagogik“ verstanden wird, unter der „Erzielung weitgehendster Selbstverwirklichung“ und anderen Schlagworten, die den Rechten des einzelnen einen wesentlich höheren Stellenwert geben als den Pflichten gegenüber der Gemeinschaft.

Aus der Sicht unserer Hochschule ist am meisten zu bedauern, daß durch die Abwalmöglichkeit schwieriger Fächer viele Studienanfänger über erschreckend geringe Kenntnisse in Mathematik und in den Naturwissenschaften verfügen. Es wird höchste Zeit, daß das Abitur wieder die Eingangsvoraussetzung für alle Studienfächer bedeutet, daß also die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer wieder den Platz erhalten, der ihnen im Rahmen einer heutigen Allgemeinbildung zukommt. Zur Zeit müssen für viele Studienanfänger Vorkurse eingerichtet werden, damit sie auch nur einigermaßen den Einführungsvorlesungen folgen können. Da liegt die Frage nahe, ob die Professoren nicht, um jede Frustration zu vermeiden, angesichts des niedrigen Anfangsniveaus einfach ihre Anforderungen an Fachwissen herabsetzen. Es kann für uns keine Frage sein, daß ein solcher Weg indiskutabel ist, denn das hätte in späteren Jahren verheerende Folgen für die Leistungsfähigkeit unserer Industrie.

Damit möchte ich meine Bemerkungen zum Thema „Ausbildung“ abschließen. Ich glaube, wir sind uns wohl darin einig, daß die Kultusminister durch eine Schulpolitik frei von Indoktrination, durch einen der Studentenlawine angepaßten Personal- und Finanzetat, wenn notwendig zu Lasten anderer unnötig aufgeblähter Etats, dafür zu sorgen haben, daß insbesondere die Qualität und Quantität der in die Wirtschaft gehenden Akademiker den zukünftigen Anforderungen unserer Volkswirtschaft gerecht werden.

Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir zum Schluß meiner Ausführungen noch einige Bemerkungen in eigener Sache, wie ich es am Anfang meines Berichts schon andeutete. Nachdem mein Vorgänger im Amt, Herr Senator Büchner, Ende 1971 darum bat, ihn von seinem Amt zu entlasten, wurde ich durch Beschluß des Vorstandsrates im Januar 1972 in den Vorstand gewählt, der mich dann in seiner Sitzung im Februar 1972 zum 1. Vorsitzenden wählte. Mit Ende dieses Jahres bekleide ich dieses Amt also runde 10 Jahre lang. Allein diese Tatsache reicht schon aus, um einen Wechsel an der Spitze unserer Vereinigung opportun erscheinen zu lassen. Aber weder dieser Umstand noch mein Eintritt in das 71. Lebensjahr erscheinen mir so gravierend wie vielmehr die Überlegung, daß an der Spitze unserer Vereinigung ein Mann aus der Wirtschaft stehen sollte, der noch mitten im Berufsleben steht oder zumindest von diesem Zustand noch nicht allzuweit entfernt ist. Da ich nach wie vor in den Kuratorien mehrerer technisch-wissenschaftlicher Bundesanstalten und Forschungsvereinigungen mit-

arbeite, konnte man bisher vielleicht mit wohlwollender Milde darüber hinwegsehen, daß ich nun schon mehrere Jahre nicht mehr im Berufsleben stehe.

Nach § 9 unserer Satzung regelt der Vorstand die Verteilung der Ämter unter sich. Er hat nun in seiner letzten Sitzung unseren Vorstandskollegen Herrn Dr. Werner ab 1. Januar 1982 zum 1. Vorsitzenden unserer Vereinigung gewählt. Ich möchte Ihnen, lieber Herr Dr. Werner, in unserer aller Namen für Ihre Bereitschaft, dieses Amt zu übernehmen, danken und Ihnen sehr herzlich zu der Wahl gratulieren. Mit der Wahl von Herrn Dr. Werner haben wir wieder an eine alte Tradition angeknüpft, nämlich den Vorsitz möglichst einem Herrn aus der Darmstädter Industrie zu übertragen, um auf diese Weise einen möglichst guten Kontakt gerade zur Darmstädter Industrie zu haben. Wir sind sicherlich alle davon überzeugt, daß unser neuer Vorsitzender, der schon viele hohe Ehrenämter in der Wirtschaft innehatte, gerade in dieser Hinsicht für uns ein großer Gewinn ist. Wir wünschen Ihnen alle für Ihr neues Amt viel Erfolg.

Herr Dr. Werner hat mich nun gebeten, ihm für die nächsten drei Jahre seiner Amtszeit noch beratend zur Verfügung zu stehen. Entgegen meiner ursprünglichen Absicht, mit Ende dieses Jahres aus dem Vorstand auszuscheiden, will ich mich seinem Wunsch und dem der übrigen Vorstandskollegen nicht versagen und habe mich bereit erklärt, für die nächste Amtsperiode nochmals für die Wahl in den Vorstand zu kandidieren. Ich habe aber volles Verständnis dafür, wenn bei Erörterung der Wahlen unter Punkt 5 der Tagesordnung aus Ihrer Mitte der Vorschlag gemacht werden sollte, an meiner Stelle lieber ein noch im Berufsleben stehendes Mitglied in den Vorstand zu wählen.

Rückblickend möchte ich sagen, daß es mir eine große Ehre und Freude war, 10 Jahre lang an der Spitze unserer Vereinigung zu stehen. Ich danke Ihnen allen für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Mein besonderer Dank gilt allen meinen Kollegen im Vorstand, insbesondere meinem Stellvertreter Herrn Professor Brandt und unserem Schatzmeister Herrn Dr. Wenzel, haben wir doch manche Besprechung im kleinen Kreis durchgeführt, um die übrigen Vorstandsmitglieder zeitlich nicht unnötig zu belasten. Das reibungslose Funktionieren unserer Vereinigung steht und fällt aber mit dem Funktionieren seiner hauptamtlichen Geschäftsführung. Ich hatte das große Glück, während meiner gesamten Vorstandstätigkeit in der Person von Herrn Dr. v. Werder einen geradezu idealen Geschäftsführer zur Seite zu haben. Sie, lieber Herr Dr. v. Werder, haben es mir leicht gemacht, meine Amtszeit ohne eine größere Panne zu überstehen. Alle unsere Jahrestagungen haben Sie hervorragend organisiert. Dafür möchte ich Ihnen und Ihrer langjährigen Mitarbeiterin Frau Schober ganz besonders herzlich danken. Unser Blick ist, das ergibt sich aus unserer Aufgabenstellung, stets auf die Technische Hochschule Darmstadt gerichtet. Mit ihr dauernd im Gespräch zu bleiben, bedingt einen engen Kontakt zu ihrem obersten Repräsentanten, dem Präsidenten der Technischen Hochschule. Solange ich mein Amt innehatte, war Herr Professor Böhme unser Gesprächspartner. Ich darf sagen, daß sich

zwischen ihm und mir eine gute Beziehung angebahnt hat, die auch ein offenes Wort der Kritik erlaubte. Dafür möchte ich Herrn Professor Böhme, der heute leider nicht unter uns sein kann, meinen herzlichsten Dank sagen.

Damit beschloß Herr Dr. Toeller seine von der Versammlung mit reichem Beifall bedachten Ausführungen und stellte sie zur Diskussion. Zunächst erklärte Herr Dr. Werner, warum die Laudatio auf Herrn Dr. Toeller heute noch nicht erfolgt: „Wir haben auch darüber natürlich im Vorstand beraten, denn wir sind ein demokratisches Gremium, mit dem Ergebnis, daß der ab 1. 1. 1982 gewählte Vorsitzende die Laudatio für seinen bis zum 31. 12. 1981 amtierenden Vorgänger im nächsten Jahr zu halten hat. Vermissen Sie also heute nicht eine Laudatio, lieber Herr Dr. Toeller, die bleibt Ihnen nicht erspart, aber erlauben Sie mir heute schon eines zu sagen: Herzlichen Dank!“ (Beifall)

Frau Mathée ging zunächst auf die Beitragsfrage ein und sagte, sie sei nunmehr 17 Jahre Mitglied der Vereinigung. In dieser Zeit habe sich der Beitrag nicht geändert. Es sei demnach wohl an der Zeit, sich Gedanken über eine Anpassung der Beiträge an die allgemeine Teuerung zu machen. Herr Dr. Toeller begrüßte diese Äußerung als eine Ermutigung für den Vorstand, eine Diskussion der Beitragsfrage durch die Hauptversammlung vorzubereiten. Ferner zeigte sich Frau Mathée sichtlich beeindruckt von den kritischen Anmerkungen, die der Vorsitzende zu den Folgen der Oberstufenreform gemacht hatte, und erklärte, es sei Aufgabe der Kulturpolitiker, dafür zu sorgen, daß in unseren Schulen das gelehrt und gelernt wird, was die Absolventen der Schule befähigt, eine Berufsausbildung zu beginnen bzw. ein Studium der Natur- oder Ingenieurwissenschaften aufzunehmen. Frau Mathée gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn wir im nächsten Jahr einen neuen Kultusminister bekommen sollten, dieser für das Problem ein offenes Ohr haben und für Abhilfe des derzeitigen Mißstandes sorgen wird.

Herr Blaum dankte für diesen Hinweis und regte an, die Hochschulgesellschaft möge in ähnlicher Weise, wie es vor zwei Jahren in der Frage der Reparaturen geschehen sei, in einem Schriftwechsel dem verantwortlichen Ministerium nahelegen, daß das Vorbilden derjenigen, die hier anfangen zu studieren, Sache des Staates ist. Herr Blaum erinnerte dann an die Demarche des Vorstands in der Reparaturfrage, an die Antwort des Kultusministeriums und die Debatte in der vorjährigen Hauptversammlung, deren Quintessenz gewesen sei, daß die Angelegenheit irgendwann in Ordnung kommen werde, und stellte die Frage: „Ist die Angelegenheit in Ordnung gekommen oder mußten wir bei den heute vorgelegten Beträgen wiederum für Reparaturkosten aufkommen?“ Letzteres wurde vom Vorstand verneint, nur in einem Fall ist eine Ersatzbeschaffung bewilligt worden. Herr Professor Brandt erwiderte, daß sich in dieser Angelegenheit erwartungsgemäß nichts weiter getan hat, da sich die Haushaltslage des Landes inzwischen erheblich weiter verschlechtert hat. Im Oktober mußte die Hochschule beispielsweise eine Kürzung des Titels 71 von 10% hinnehmen, die Situation sei hoffnungslos. Herr Blaum hielt es dennoch für an-

gebracht, folgenden Antrag zu stellen: „Damit Lehrstühle nicht darunter leiden müssen, daß das Land sich z. Zt. nicht in der Lage sieht, den laufenden Unterhalt und die Reparatur von Instrumentarien usw. zu finanzieren, ist die Hochschulgesellschaft ausnahmsweise interimistisch bereit, solche Beträge zu bezahlen. In diesen Fällen ist vorher die Zustimmung des zuständigen Ministeriums einzuholen, daß nicht nur der Betrag, sondern auch die banküblichen Zinsen dafür zu bezahlen sind.“

Herr Dr. Werner bemerkte dazu, daß ein solches Angebot aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich sei, und führte hierzu weiter aus: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß nicht nur das Land Hessen, sondern auch der Bund z. Zt. über Finanznöte zu klagen hat, die kaum zu bewältigen sein werden auf normalem Wege. Ich glaube, wir werden uns etwas einfallen lassen müssen, damit nicht eines Tages sogar eine Universität oder Hochschule ihre Türen schließen muß, weil sie nicht mehr heizbar ist, denn auch die Heizkosten müssen aufgebracht werden. Sie bemerken vielleicht, daß es heute hier schon etwas kühler geworden ist.“ (Heiterkeit). Herr Blaum entgegnete, daß er über haushaltsrechtliche Fragen nicht urteilen könne, daß er aber dennoch der Ansicht sei, daß der Vorstand eine seinem Antrag entsprechende Demarche unternehmen solle. Während Herr Fischer Herrn Blaum sekundierte, indem er an die allgemeine Entrüstung vor zwei Jahren erinnerte, als es darum ging, daß die Vereinigung die Reparaturkosten für ein Elektronenmikroskop übernehmen sollte, und meinte, man müsse das Grundsätzliche an dieser Frage klären, wehrte sich Herr Dr. Toeller bei allem Verständnis für den Wunsch von Herrn Blaum entschieden dagegen, eine Demarche zu unternehmen, die von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt sei. Als Ergebnis einer weiteren Diskussion, an der sich u. a. die Herren Blaum, Henne, Hofmann, Toeller, Wenzel, Werner und H. G. Wilke beteiligten, einigte man sich auf den Vorschlag von Herrn Dr. Toeller, zunächst den Präsidenten zu befragen, ob er auf den Bescheid des Ministeriums anläßlich der letzten Demarche der Vereinigung in irgendeiner Form reagiert hat.

Da zu anderen in seiner Ansprache behandelten Fragen keine Wortmeldungen erfolgten, bat der Vorsitzende Herr Dr. Wenzel zu Punkt 3 der Tagesordnung

Erstattung der Jahresrechnung

das Wort zu nehmen. Der Bericht des Schatzmeisters hat folgenden Wortlaut: Meine Damen und Herren!

Mit dem Verlauf des Vereinsjahres 1980/81 sind wir, insgesamt gesehen, zufrieden. Mein Bericht über das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr bezieht sich auf drei Bereiche:

Zuerst möchte ich über die empfängerbestimmten Spenden berichten, danach über den Punga-Nachlaß und zuletzt über die Mittel, über die die Vereinigung ohne Einschränkung verfügen kann.

Es ist erfreulich berichten zu können, daß trotz der schwieriger gewordenen Situation in der Wirtschaft die **empfängerbestimmten Spenden** angestiegen sind. Dazu kann ich Ihnen folgende Zahlen nennen: Im Jahr 1979/80 erhielten wir 347 TDM als empfängerbestimmte Spenden. Im abgelaufenen Jahr waren dies 473 TDM. Da nur 421 TDM bis Ende März abgerufen waren, hat sich in unserem Jahresabschluß das Konto „Empfängerbestimmte Spenden“ von 960 TDM auf 1,012 Mio. erhöht.

Beim Punga-Nachlaß ergibt sich folgendes Bild:

Die Erträge sind von 23 TDM im Vorjahr auf 27 TDM angestiegen. Da wir nur 5 TDM vergeben konnten, ist das Punga-Vermögen von 423 TDM auf 446 TDM angestiegen.

Wie sah nun das abgelaufene Geschäftsjahr im Bereich der **frei verfügbaren Mittel** aus?

Die Beiträge haben sich von 87 TDM auf 92 TDM erhöht. Die Spenden sind von 74 auf 78 TDM angestiegen. Mit bedingt durch die höheren Zinsen sind auch die Vermögenserträge gestiegen, und zwar von 165 TDM auf 196 TDM, so daß wir im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Zunahme von 40 TDM bei den frei verfügbaren Einnahmen hatten. Dies hat uns in die Lage versetzt, Neubewilligungen in Höhe von 215 TDM auszusprechen, die jedoch nicht in voller Höhe im abgelaufenen Jahr auch abgerufen wurden. Aus diesem Grund stehen auf der Ausgabenseite für Bewilligungen nur 189 TDM. Für Veranstaltungen haben wir 12 TDM ausgegeben, die Verwaltungskosten beliefen sich auf 33 TDM. Dies ergibt eine Ausgabensumme von 234 TDM.

Aus den vorgetragenen Zahlen ergibt sich zum Jahresschluß nun folgende Vermögensübersicht:

Das Bruttovermögen ist um 203 TDM von 3,112 Mio. auf 3,315 Mio. angestiegen, die nicht frei verfügbaren Mittel sind von 1,382 Mio. auf 1,458 Mio. gestiegen. Die nicht abgerufenen Mittel sind gleichfalls angestiegen, und zwar von 85 TDM auf 110 TDM.

Damit besaß die Vereinigung zum 31. 3. 1981 ein frei verfügbares Nettovermögen von 1,747 Mio. (Die Vorjahreszahl war 1,644 Mio.)

Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Zentralabteilung Interne Revision der Brown, Boveri & Cie., Aktiengesellschaft in Mannheim, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Firma Brown, Boveri möchte ich wie in jedem Jahr von dieser Stelle aus danken. Auch Ihnen möchte ich für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Unterstützung aufs herzlichste danken. Die Verknappung der Mittel an der Hochschule wird die Zahl der Wünsche an die Vereinigung in den nächsten Jahren sicherlich noch größer werden lassen. Ich möchte Sie daher bitten, uns bei der Erfüllung unserer Ziele trotz der schwieriger gewordenen wirtschaftlichen Lage behilflich zu sein.

Zum Abschluß meines Berichts möchte ich der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, sowie ihrem Geschäftsführer, Herrn Dr. v. Werder, den herzlich-

sten Dank für die im vergangenen Vereinsjahr geleistete Arbeit aussprechen. Eine Aussprache über diesen Bericht, für den der Schatzmeister reichen Beifall erteilte, wurde von der Versammlung nicht gewünscht.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Wenzel für seine Ausführungen sowie für seine mühe- und verantwortungsvolle Arbeit während des ganzen Jahres.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung verlas Herr Bankdirektor Wilke den

Bericht der Rechnungsprüfer

Er lautet:

Aufgrund des in der Hauptversammlung vom 14. November 1980 gegebenen Auftrags haben die Unterzeichner, Jürgen Wilke und Joachim Schwarzkopf, am 1. Oktober 1981 die Jahresrechnung der Vereinigung geprüft. Wir konnten uns auf den uns vorliegenden ausführlichen Prüfungsbericht der Revisionsabteilung der Brown, Boveri & Cie. stützen, der den ordnungsgemäßen Nachweis der Vermögenswerte sowie der Einnahmen und Ausgaben feststellt.

Wir haben die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verwendung stichprobenweise geprüft einschließlich der Abwicklung über die Konten. Es ergaben sich auch in diesem Jahr keine Beanstandungen. Wir danken Herrn Dr. Wenzel, Herrn Dr. v. Werder sowie Frau Schober für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Nachdem Wortmeldungen zu diesem mit Beifall aufgenommenen Bericht nicht erfolgten, stellte Herr Wilke den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstands, der unter Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig angenommen wurde. Herr Dr. Toeller dankte den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit und der Versammlung für das durch die Entlastung bewiesene Vertrauen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat, Wahlen der Rechnungsprüfer

übernahm der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung, Herr Professor Brandt, die Leitung der Versammlung, da der Vorsitzende selbst für eine Wiederwahl in den Vorstand kandidiert.

Unter Hinweis auf die den Mitgliedern vorliegenden Stimmzettel erläuterte Herr Professor Brandt kurz das Wahlverfahren und nahm dann zur anstehenden Wiederwahl der Herren Dr. Toeller und Dr. Wenzel in den Vorstand Stellung. Er bat die Versammlung, Herrn Dr. Toeller, der für den Fall, daß aus dem Plenum heraus ein anderer noch im Berufsleben stehender Kandidat vorgeschlagen würde, seinen Rücktritt angeboten hatte, nicht beim Wort zu nehmen und sagte wörtlich: „Wir brauchen ihn noch und möchten auch unseren bewährten, unentbehrlichen Schatzmeister nicht vermissen.“

Nach dem Ausscheiden von Herrn Professor Habermehl wird Herr Professor Dr. jur. Paul Hofmann als drittes professorales Mitglied zur Neuwahl in den

Vorstand vorgeschlagen. Herr Hofmann vertritt das Gebiet Wirtschafts- und Arbeitsrecht im Fachbereich 1 der Technischen Hochschule und gehörte viele Jahre bis heute unserem Vorstandsrat als Vertreter der Fachbereichsgruppe 1, 2 und 3 an.

Im Vorstandsrat haben sich dankenswerterweise 9 Mitglieder für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung gestellt.

Zur Neuwahl in den Vorstand stehen vier Herren an, die von ihren Vorgängern bzw. Firmen vorgeschlagen worden sind. Es sind dies:

Dr. Heinz Günther Brandt

Leiter der Forschung der Messer Griesheim GmbH, Frankfurt (Main), der den Platz von Herrn Van Rieth einnehmen soll,

Dipl.-Ing. Alfons Griesdorn

Geschäftsführer der Firma Resopal-Werk H. Römmler GmbH, Groß-Umstadt, als Nachfolger von Herrn Henne,

Dr. Peter Schmidt, Ober-Ramstadt,

der als Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter der THD von seinem Vorgänger, Herrn Dr. Nothnagel, vorgeschlagen wurde, und

Dr. Hugo Graf Walderdorff

Direktor der Deutschen Bank, Frankfurt (Main), der anstelle von Herrn Osterwind im Vorstandsrat mitwirken soll.

Herr Professor Brandt bat die Mitglieder, nunmehr ihre Stellungnahme zu den Wahlen für den Vorstand und Vorstandsrat schriftlich abzugeben, wobei er auf die drei Möglichkeiten des Votums:

Mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden,

mit Vorschlag mit Änderung einverstanden und

mit Vorschlag nicht einverstanden, sowie auf die Möglichkeit, andere Namen auf den Stimmzetteln zu vermerken, hinwies.

Während der Auszählung der Stimmen gab Herr Professor Brandt die Namen der von der Hochschule für die kommende Amtsperiode nominierten Vorstandsratsmitglieder bekannt:

Herr Professor Dr. phil. Karl Otmar Freiherr v. Aretin

für die Fachbereichsgruppe 1, 2 und 3 (Neuwahl),

Herr Professor Dr.-Ing. Dietmar Groß

für die Fachbereichsgruppe 4, 5 und 6 (Wiederwahl),

Herr Professor Dr. rer. nat. Karl Heinrich Lieser

für die Fachbereichsgruppe 7, 8 und 9 (Neuwahl),

Herr Professor Dr.-Ing. Gerd Fesel

für den Fachbereich 15 (Wiederwahl),

Herr Professor Dr.-Ing. Robert Piloty

für die Fachbereichsgruppe 19 und 20 (Neuwahl).

Anschließend nahm Herr Professor Brandt die Wahl der Rechnungsprüfer vor, die sich dadurch einfach gestaltete, daß sich beide Amtsträger lebenswürdigerweise bereit erklärt haben, das Amt weiterhin auszuüben. Tosender Beifall

besiegelte die Wahl der Herren Bankdirektoren Joachim Schwarzkopf und Jürgen Wilke zu Rechnungsprüfern für das laufende Vereinsjahr 1981/82 durch Akklamation.

Schließlich gab Herr Professor Brandt das Wahlergebnis bekannt:

An den Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat beteiligten sich je 39 Mitglieder. Bei der Wahl zum Vorstand wurden 38 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden und 1 Stimme mit Vorschlag mit Änderung einverstanden gezählt.

Bei der Wahl zum Vorstandsrat votierten 39 Stimmen mit Vorschlag vorbehaltlos einverstanden. Damit waren alle Wahlvorschläge angenommen.

In den Vorstand wurden wiedergewählt:

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, Kuckucksweg 3, 6240 Königstein und Dr. rer. nat. Franz Wenzel, Geschäftsführer der Firma Röhm GmbH, Zeyherweg 5, 6100 Darmstadt.

In den Vorstand wurde neu gewählt:

Professor Dr. jur. Paul Hofmann, Technische Hochschule Darmstadt.

In den Vorstandsrat wurden wiedergewählt:

Dipl.-Ing. Ott-Heinrich Blaum, Karlstraße 64, 6100 Darmstadt

Konsul Wilfried Braun, Mitglied des Aufsichtsrates der Firma Hartmann & Braun AG, Frankfurt, Am Ellerhang 16, 6240 Königstein

Ehrensator Dipl.-Ing. Hans Fritz Fischer, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, 7561 Weisenbachfabrik

Dr.-Ing. Wilfried Krabbe, Vorstandsmitglied der Firma Philipp Holzmann AG, Frankfurt (Main)

Dr.-Ing. Fritz Meyercordt, Klopstockstraße 6, 4000 Düsseldorf

Dipl.-Ing. Udo Passavant, Geschäftsführer der Firma Passavant-Werke Michelbacher Hütte, 6209 Aarbergen 7

Dipl.-Ing. Rolf Prange, Architekt BDA, Novalisstraße 7, 6100 Darmstadt

Dr. Jürgen Schaaflhausen, Mitglied des Vorstands der Hoechst AG, 6230 Frankfurt (Main) 80

Dipl.-Kfm. Manfred G. Schneider-Rothhaar, Mitglied des Vorstands der Deutschen Länderbank AG, Frankfurt (Main), Dieburger Straße 146, 6100 Darmstadt.

In den Vorstandsrat wurden neu gewählt:

Dr. Heinz Günther Brandt, Leiter der Forschung der Messer Griesheim GmbH, Frankfurt (Main)

Dipl.-Ing. Alfons Griesdorn, Geschäftsführer der Firma Resopal-Werk H. Römmeler GmbH, 6114 Groß-Umstadt

Dr. Peter Schmidt, Am Pfarrweiher 34, 6105 Ober-Ramstadt

Dr. Hugo Graf Walderdorff, Direktor der Deutschen Bank, Frankfurt (Main).

Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule

gab Herr Dr. Toeller bekannt, daß der Kanzler der Hochschule, Herr Dr. jur. Hans Georg Wilke, einige Worte an die Versammlung richten möchte. Herr Wilke sagte:

Meine Damen und Herren!

Wenn der Präsident der Hochschule, Herr Professor Böhme, jetzt nicht ans Pult treten kann, hat das einen zwingenden, für ihn persönlich sehr traurigen Grund. Seine Frau ist vor drei Tagen plötzlich verstorben, und zwar in Italien. Da ihr Ableben dort unten eingetreten ist, ist Herr Professor Böhme unmittelbar nach Erhalt der Todesnachricht nach Italien geflogen, er ist also gar nicht in Darmstadt. Jeder von Ihnen wird also verstehen, warum heute die übliche Berichterstattung über die Entwicklung der Hochschule im vergangenen Jahr ausfallen muß. Der Bericht liegt jedoch geschrieben vor und steht für den Abdruck in Ihrem Jahresbericht 1981 zur Verfügung. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, nach dieser traurigen Information noch ein paar kurze Worte zur Sache. Wenn ich recht verstanden habe, soll in diesem Jahr der Hochschule ein Spendenvolumen von gut einer Viertelmillion zufließen. Das ist eine beachtliche Summe, der insbesondere deshalb eine erhöhte Bedeutung zukommt, weil sie Bereiche der Hochschule erreicht, die sonst hätten leer ausgehen sollen, ja müssen, weil die öffentlichen Gelder begrenzt sind, und bei weitem nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden können. Hier sehe ich die große und segensreiche Ausgleichsfunktion, die allein auf der freiwilligen Privatinitiative Ihrer Vereinigung beruht, und hierfür möchte ich Ihnen im Namen der Hochschule sehr herzlich danken. Sie werden aus der Presse entnommen haben, daß es vorgestern im Konvent auch im zweiten Anlauf leider nicht gelungen ist, in den Besitz eines Vizepräsidenten zu kommen, der jetzt an meiner Stelle hier stehen und danksagen könnte. Da ich andererseits täglich mit den wachsenden Geldnöten der Hochschule kraft Amtes zu tun habe, können Sie davon ausgehen, daß der Dank des Kanzlers für Ihre Spendenleistung ganz besonders aufrichtig gemeint ist.

Herr Dr. Toeller bedankte sich für die von der Versammlung mit Beifall aufgenommene Danksagung des Kanzlers; es folgt der Bericht des Präsidenten:

Meine Damen und Herren,

sehr herzlich begrüße ich Sie anläßlich Ihrer Jahrestagung wiederum, wie nun schon seit einer Reihe von Jahren, als Gäste in unserer Hochschule. Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Gelegenheit geben, Ihnen über das Geschehen an

unserer Hochschule zu berichten, um Ihr Verständnis zu werben und Ihre weitere Unterstützung zu erbitten. Denn leider wird mein Bericht vorwiegend darin bestehen müssen, die Entwicklungsgeschichte von Schwierigkeiten nachzuzeichnen, deren Konsequenzen in voller Härte erst auf uns zukommen. Zuvor jedoch lassen Sie mich Ihnen aufrichtigen Dank sagen für die wertvolle Hilfe und Unterstützung, die die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule auch in diesem Jahr hat zuteil werden lassen. Die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand haben bereits erhebliche Auswirkungen auch auf die Etats der Forschungsförderungsorganisationen gehabt, die Bewilligungen zur Unterstützung der Hochschulforschung werden restriktiver gehandhabt, der Abschluß mancher begonnenen Projekte ist gefährdet, andere, neue Vorhaben können nicht oder nur in begrenztem Umfang angegangen werden. An Zahl und Gesamtvolumen der Finanzierungsanträge, die an Ihre Vereinigung gestellt wurden, ist diese Entwicklung bereits deutlich geworden. Wenngleich auch Sie nicht alle Wünsche befriedigen konnten, haben Sie doch im Rahmen Ihrer Möglichkeiten uns großzügige Förderung zukommen lassen, die geeignet ist, Härten zu mildern und Forschungsarbeiten zu ermöglichen, die aus dem Landeshaushalt nicht oder nur unzureichend finanziert werden können und auch nicht einem größeren Projekt zuzuordnen sind. Ihre Unterstützung vermag insbesondere auch jungen Wissenschaftlern zugute zu kommen. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, möchte Sie aber bitten, bei Ihrer Bewilligungspolitik noch mehr als bisher die schwierige Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses zu berücksichtigen. Mit dem Jahr 1981 läuft die Förderung nach dem Graduiertenförderungsgesetz aus, die, wenngleich auch weitgehend auf Darlehensbasis, für viele Doktoranden vor allem der nichttechnischen Fächer die einzige Chance bot, ihre Dissertation ohne allzu drückende Entbehrungen abschließen zu können. Durch eine parlamentarische Initiative besteht wenigstens die Aussicht, daß Stipendien nach dem Graduiertenförderungsgesetz, die am 31. Dezember ihre Regellaufzeit noch nicht erreicht haben, bis zum Abschluß bezahlt werden und nicht vorzeitig abgebrochen werden müssen, doch ist ein Nachfolgegesetz wegen der angespannten Haushaltslage des Bundes vorläufig nicht in Sicht. Betroffen sind von dieser kurzsichtigen Maßnahme, die keinen nennwerten Spareffekt bringen kann, vor allem Doktoranden der sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, da in diesen Fächern die an die Kapazitätsverordnung gebundene Personalstruktur durch den Rückgang der Lehrstudenten ohnehin ungünstiger ist als in den ingenieurwissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Bereichen, d. h. nur eine geringe Zahl von Mitarbeiterstellen auf Zeit zur Verfügung steht.

Dank sagen möchte ich Ihrer Vereinigung und insbesondere ihrem Vorstand auch für das mir wiederum entgegengebrachte Vertrauen, und ich möchte Sie bitten, meine Arbeit weiterhin mit Verständnis und Interesse zu begleiten; denn wir werden in besonderem Maße auf Ihre Unterstützung und Ihren Rat angewiesen sein. „Freunde in der Not“ zu haben, hilft Resignation und Unmut zu

überwinden, Schwierigkeiten zu meistern und in der gegebenen Situation das möglichst Beste zu erreichen. Sie haben heute in einem der größten und wichtigsten Bereiche unserer Hochschule Erfahrungen sammeln und mit Wissenschaftlern sprechen können. Ich bin sicher, daß dies für Sie aufschlußreiche Begegnungen waren, die Ihnen gezeigt haben, daß Lehre und Forschung an unserer Hochschule verantwortungsbewußt und leistungsorientiert betrieben werden und daß wir uns bemühen, in demokratischer Zusammenarbeit – was die Auseinandersetzung nicht ausschließt – dafür zu sorgen, aus den vorhandenen Möglichkeiten optimalen Nutzen zu ziehen. Ich würde es begrüßen, wenn die Verbindung zwischen der Vereinigung von Freunden und der Technischen Hochschule noch enger gestaltet werden könnte und nicht auf den alljährlichen Kontakt mit einem begrenzten Bereich unserer Hochschule beschränkt bliebe. Gehen Sie auf unsere Hochschullehrer zu, nehmen Sie das Gespräch auf, wenden Sie sich mit Fragen an sie, interessieren Sie sich für ihre Arbeit und ihre Probleme – ich bin sicher, Sie werden willkommen sein. Intensive Partnerschaft von Hochschule und Freunden fördert das gegenseitige Verständnis und bringt beide voran. Die Hochschule ist zunehmend bereit, sich nach außen zu öffnen – nehmen Sie das Angebot an. Wenn die Vereinigung von Freunden der THD um alle Gruppierungen der Hochschule wirbt und sie in ihrer Mitgliedschaft repräsentiert, kann ein fruchtbares Gespräch in Gang kommen, das Sie vielseitiger und aktueller über das informiert, was die Hochschule bewegt, als ich es mit meinem jährlichen Bericht leisten kann.

Wir haben in diesem Jahr als Staatsbürger das „Sommertheater“ um den Bundeshaushalt 1982 miterlebt, dem sich mehrere Uraufführungen und Premieren in der regulären Spielzeit der Herbst- und Wintersaison anschlossen. Und noch steht der Spielplan nicht, Happenings sind nicht ausgeschlossen. Daß die kleineren Landesbühnen sich umgehend anschickten, der großen Staatsoper nachzueifern, ohne dabei deren Publizität zu erreichen, kann nicht weiter verwundern. Ein aufsehenerregendes Stück wird nun einmal alsbald in der Provinz nachgespielt, häufig ohne die geeigneten Akteure und notwendigen Fähigkeiten. Wenngleich das Thema zum Sarkasmus verlockt, geht es uns doch zu sehr unter die Haut, um lediglich seine unglückliche Inszenierung zu belächeln. Ich will mich deshalb an die Fakten halten: Kurz nach dem Ende des Sommersemesters wurden die hessischen Hochschulen mit Spardekreten bedacht, die ungeachtet vertraglicher Bindungen oder gesetzlicher Verpflichtungen erst einmal einen empfindlichen Eingriff in den laufenden Haushalt verfügten. 12,2 Millionen DM müssen die hessischen Universitäten und Fachhochschulen in diesem Jahr noch einsparen. Seither beschäftigt uns die Haushaltssituation vorrangig; denn unklare und widersprüchliche Ausführungsbestimmungen lähmten für einige Wochen die Handlungsfähigkeit der Fachbereiche, die sich nur mühsam einen Überblick darüber verschaffen konnten, wieviel der ihnen zugewiesenen Gelder sie in diesem Jahr noch verbrauchen können.

Ich will nicht einstimmen in das allgemeine Protestgeheul, das von den Vertre-

tern einzelner Interessengruppen unisono angestimmt wird, sobald Überlegungen publik werden, ihre jeweiligen Privilegien anzutasten und zu beschneiden. Daß wir uns von der Illusion verabschieden müssen, in einer Phase unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums zu leben, und daß schmerzhaft Sparmaßnahmen notwendig sind, wenn wir unseren Lebensstandard einigermaßen halten wollen, hat die Mehrzahl der Bürger längst begriffen. Auch die Hochschulen sind sich darüber im klaren und dazu bereit, daß sie mit den verfügbaren Mitteln noch ökonomischer umgehen müssen. Aber was uns verbittert, ist die Tatsache, daß uns durch bürokratische Hemmnisse und vermehrte dirigistische Eingriffe der ökonomische Umgang mit unseren Mitteln so ungeheuer erschwert wird. Universitäten haben keine Lobby. Sie müssen einzeln für jede Komponente eines Streichkonzepts, die ihnen an den Nerv geht, Bundesgenossen unter den Politikern suchen und in zähen Verhandlungen Kompromisse erreichen, die es ihnen ermöglichen, ihre ihnen von Staat und Gesellschaft übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Unser Handlungsspielraum wird immer enger, eine langfristige, kompetent abgesicherte und auf realistische Bedarfsermittlung begründete Planung unserer Hochschule ist schon seit geraumer Zeit zur Utopie geworden. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: im vergangenen Jahr konnte ich Ihnen berichten, daß unsere langjährigen Bemühungen um ein Reinvestitionsprogramm im Gerätebereich Erfolg gezeitigt hatten. Das über drei Haushaltsjahre angelegte Konzept der THD, das eine ausgewogene Mischung von Ersatzbeschaffungen bei Großgeräten und von kleineren und mittleren Investitionen darstellte und das die Gefahr bannen sollte, unsere Institute und Laboratorien könnten zu technischen Museen degenerieren, wird sich nun nicht im vorgesehenen Umfang verwirklichen lassen, weil der Bund sich 1981 und vermutlich auch weiterhin aus der Förderung des Hochschulbaus teilweise zurückgezogen hat. Anstatt eine konsequente Planung zu verfolgen, sind wir also immer wieder gezwungen, neue Prioritäten zu setzen, den Mangel neu zu verteilen, das größte Loch dadurch zu stopfen, daß wir an anderen Stellen neue Löcher aufreißen. Durch das starre Haushaltsgesetz wird unsere Flexibilität vollends beschränkt. Wir haben keine Möglichkeit, Mittel für eine größere Investition über den Rahmen eines Haushaltsjahres hinaus anzusparen. Wenn ein Fachbereich für seine wissenschaftliche Forschung ein teures Gerät unbedingt braucht, müssen im Anschaffungsjahr alle Mittel darauf konzentriert werden, und die Kollegen verzichten auf ihnen zustehende Gelder. Das erfordert ein hohes Maß an kollegialer Solidarität. Es ist uns auch nicht erlaubt, einen Haushaltstitel durch einen anderen auszugleichen. Da unser Budget linear gekürzt wurde, sind auch die Mittel für die Bewirtschaftung der Hochschule betroffen. Wir bemühen uns in Verhandlungen mit der Landesregierung um eine Sonderregelung. Sollte sie jedoch nicht zustande kommen, müssen wir wohl am Jahresende die Hochschule für einige Zeit schließen, da wir dann, trotz allen bereits eingeführten Sparmaßnahmen, keine Gelder für Kohle, Strom usw. mehr haben werden. Ein Notprogramm wird zur Zeit ausge-

arbeitet, in dem die Bereiche aufgelistet werden, in denen bleibende Schäden entstehen können, wenn die Heizung abgeschaltet werden muß.

Die finanziellen Sorgen, die ich Ihnen eben angedeutet habe, kumulieren und potenzieren sich freilich mit den steigenden Studentenzahlen und hindern uns an der Vorbereitung auf den in den nächsten Jahren zu bewältigenden „Studentenberg“. Das sogenannte „Überlastprogramm“, das den Universitäten wenigstens eine bescheidene Unterstützung und Entlastung bei den erhöhten Anforderungen in der Lehre bringen sollte, ist ein weiteres eindrucksvolles Beispiel für das groteske Mißverhältnis zwischen Aufwand und Ertrag, das die Sinnlosigkeit jedweder Planungsbemühungen offenkundig werden läßt: Hier wurde mit riesigem administrativem Aufwand, mit Berechnungen über Kapazitäten, Schwundquoten, Curricularrichtwerte, Auslastungsfaktoren etc. den Universitäten und Fachhochschulen des Landes Hessen, einschließlich der Kliniken, für das Wintersemester 1981/82 ein Betrag von 0,4 Millionen DM in Aussicht gestellt. Zur selben Zeit wurden dieselben Hochschulen mit der Kürzung von 12,2 Millionen DM bedacht!

Dabei ist der prognostizierte Studentenberg durchaus kein Phantom, von profilierungssüchtigen Kulturpolitikern aufgebaut, sondern schon im Herbst 1981 handfeste Realität: die Zahl der Studierenden, die im Wintersemester 1981/82 an den hessischen Hochschulen immatrikuliert sind, liegen über den Vorausschätzungen, die man vor zwei Jahren als höchste Variante angenommen hat. Allein an der Technischen Hochschule Darmstadt ist die Zahl der Studienanfänger im Wintersemester 1981/82 gegenüber dem Vorjahr um fast zwanzig Prozent gestiegen (von 2310 im Wintersemester 1980/81 auf 2719 in diesem Jahr). Diese Steigerungsrate geht ganz eindeutig auf den hohen Zuwachs der Studienanfänger in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen zurück. So schrieben sich für das Studium der Elektrotechnik, für das in diesem Jahr keine interne Aufnahmebegrenzung an der TH Darmstadt vorgesehen worden war, 503 Studienanfänger ein. Gegenüber den 342 Studienanfängern des letzten Jahres entspricht dies einer Steigerung von knapp 50 Prozent. Deutlich gestiegen sind auch die Anfängerzahlen bei den Bauingenieuren (plus 33 Prozent) und bei den Wirtschaftsingenieuren der Fachrichtung Maschinenbau (plus 43 Prozent), während im Maschinenbau und in der Informatik die Aufnahmequoten an der Hochschule aufgrund der Kapazitätsengpässe wie schon in den letzten Jahren auf 322 bzw. 125 begrenzt werden mußten. Hätten in diesen Fächern alle Bewerber aufgenommen werden können, so wären die Anfängerzahlen an der TH Darmstadt noch um einige hundert höher ausgefallen.

Nach dem Motto: Den letzten beißen die Hunde! werden die Studenten am Ende die Hauptleidtragenden unserer Schwierigkeiten sein. Dies ist um so schmerzlicher, als von der Qualität ihrer Ausbildung nicht nur ihre persönlichen Zukunftschancen abhängen, sondern auch die technisch-wirtschaftliche Lebenssicherung unseres Landes. Universitäten sind Investitionen in die Zukunft.

Ein Land, das seine Hochschulen in schwierigen Zeiten auf den unteren Rang der Prioritätenliste verweist, braucht sich nicht zu wundern über den wachsenden Widerstand gegen Nachrüstung und Overkill, über die zunehmende Attraktivität alternativer Modelle. Die enttäuschten Hoffnungen der Jugend, die durch eine breit angelegte, von allen Parteien unterstützte Bildungswerbung unter dem Stichwort „Chancengleichheit“ geweckt wurden, für deren Konsequenzen heute aber niemand mehr einstehen will, sind eine der Wurzeln – und nicht die unwichtigste – der Friedensbewegung.

Um zu unserer Darmstädter Hochschule zurückzukommen: Ich habe bisher nur von unseren Haushaltsproblemen gesprochen. Tiefere Sorge bereitet uns aber eigentlich die Tatsache, daß sich seit 1975 das Zahlenverhältnis zwischen Wissenschaftlern und Studierenden ständig verschlechtert. Unsere Personalstruktur stagniert, wir haben in diesem Jahr nicht eine Stelle dazubekommen – im Gegenteil: noch bis zum Ende 1981 soll unser Personalbestand um 23 Stellen gekürzt werden. Unsere Hoffnung, diesen Verlust abmildern zu können, ist schwach, doch scheint bei den maßgeblichen Stellen der Landesregierung die Einsicht zu wachsen, daß diese Maßnahme die Technische Hochschule des Landes besonders hart trifft, da die Universitäten eine größere Verfügungsmasse im medizinischen Bereich haben, der bisher von den Streichungen ausgenommen worden ist. Es ist nicht einzusehen, daß das Krankenhauswesen zu Lasten der technischen Intelligenz saniert wird, und ich vertrete den Standpunkt, daß zumindest die theoretische Medizin in die Sparmaßnahmen im Hochschulbereich einbezogen werden sollte. Benachteiligt ist die Technische Hochschule auch von der Sperrung aller freiwerdenden Stellen, da durch die große Zahl wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Zeitverträgen im ingenieurwissenschaftlichen Bereich bei uns eine höhere Fluktuation stattfindet als an den Universitäten. Dessen ungeachtet durften alle frei werdenden Stellen – gleichgültig, ob es sich um Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiter, Verwaltungsangestellte, Techniker oder Hilfskräfte handelte – in diesem Jahr erst nach drei Monaten wiederbesetzt werden. Im nächsten Jahr wird die Einstellungssperre gar sechs Monate betragen. Dann wird diese Maßnahme erst voll durchschlagen; denn was wir bisher noch etwa in der vorlesungsfreien Zeit verkraften konnten – freilich mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Forschung –, wird dann die Arbeit einzelner Fachgebiete oder Institute über ein ganzes Semester lähmen. Auf das Jahr umgerechnet, bedeutete die dreimonatige Stellensperre schon in diesem Jahr den Verlust von 21 Stellen. Insgesamt ist also 1981 durch Eingriffe des Finanzministers der Stellenbestand der Hochschule um 44 volle Stellen verringert worden.

Daneben wird seit Jahren vom Kultusminister eine „strukturelle Stellenbewirtschaftung“ praktiziert, die dazu dienen soll, Stellen für wissenschaftliches Personal aus weniger belasteten Lehreinheiten in solche umzusetzen, die seit längerer Zeit unter hohen Bewerberzahlen leiden. Die Einordnung der Lehreinheiten in Minus-, Null- und Plusbereiche erfolgte durch den Kultusminister in

Anlehnung an die alljährliche Kapazitätsberechnung auf der Grundlage der Kapazitätsverordnung und unter Beachtung einer gewissen Mindestfachgröße, die sich sowohl an den Erfordernissen der Forschung als auch der Lehre orientierte. Auf jeden Fall waren die Grundlagen der strukturellen Stellenbewirtschaftung zwischen Hochschule und Kultusministerium diskutierbar. Angesichts der gegenwärtigen Stellenstreichungen nach dem Zufallsprinzip ist es den betroffenen Fachbereichen jedoch kaum zuzumuten, auch noch neue Strukturkonzepte zu entwickeln.

Bei den Mitteln für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren mußte die Hochschule eine Kürzung des Haushaltsansatzes gegenüber dem Vorjahr um 15,2 Prozent hinnehmen, also eine rund 20prozentige Reduzierung gegenüber den Mitteln, die 1980 zur Verfügung gestanden haben, wenn die tariflichen Lohnerhöhungen berücksichtigt werden. Den Verantwortlichen in Regierung und Landtag konnte leider nicht vermittelt werden, daß sie mit der Reduzierung der Hilfskräftemittel die Infrastruktur im Bereich Studium und Lehre zerstören. Diese Infrastruktur war es, die bis jetzt die aus der Kapazitätsverordnung abgeleiteten Höchstlastbedingungen einigermaßen erträglich gestaltete. Sie wurde schon in den letzten Jahren stetig abgebaut, weil die in den Haushaltszuweisungen lediglich zugestandenen Teuerungszuschläge weder die steigenden Studentenzahlen noch die Lohnerhöhungen wettmachen konnten. In diesem Jahr hat sich ein sprunghafter Wandel angekündigt, der in einen Betrug an den Lehrenden einmünden könnte, indem die Lehrverpflichtung zwar nicht de jure, aber de facto stillschweigend erhöht wird. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß daraus ein Betrug an den Studenten entsteht, weil die notwendige Betreuung nicht mehr gewährleistet werden kann. An dieser Einschätzung der Sachlage ändert sich grundsätzlich nichts dadurch, daß im Juni 1981 aus dem Aufkommen freier Stellen 650 000 DM zusätzlich bereitgestellt wurden. Schließlich handelt es sich hier nur um eine Umschichtung der Lehre vom wissenschaftlichen Stammpersonal auf Hilfskräfte.

Alle diese Maßnahmen werden die Hochschule zwingen, zu Beginn des Haushaltsjahres 1982 in einer gemeinsamen Beratung des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten grundsätzlich darüber zu entscheiden, ob die Zulassungsbeschränkungen nicht doch auf weitere besonders nachgefragte ingenieurwissenschaftliche Studiengänge ausgedehnt werden müssen. Damit wird wieder der längst überwunden geglaubte bürokratische Perfektionismus der ZVS mit allen seinen negativen Folgeerscheinungen, über die ich Ihnen in früheren Jahren berichten mußte, in Aktion treten. Und damit wird wiederum ein Stück Bildungspolitik, die sich die Öffnung der Hochschulen für die Begabten aus allen Schichten der Bevölkerung zum Ziel setzte, vergebliche Liebesmüh' gewesen sein.

1982 werden unsere Probleme mit Sicherheit nicht geringer werden. Der Haushaltsentwurf der Landesregierung verheißt für die Hochschulen wenig Gutes, zudem kann seine endgültige Beratung erst nach der Verabschiedung des

Bundeshaushaltes stattfinden. Veränderungen sind demnach möglich, sie dürften jedoch kaum als Verbesserungen ausfallen. Die Hochschule wird weiterhin mit Stellensperren, unzureichenden Hilfskraftmitteln und besonderen Problemen im Bereich der Bewirtschaftung, der Bauunterhaltung und Umbaumaßnahmen leben müssen. Nach Stand der Dinge werden wir nicht einmal in der Lage sein, die gesetzlichen Forderungen auf den Gebieten des Strahlenschutzes, des Brandschutzes und der Arbeitsmedizin zu erfüllen.

Allerdings beobachte ich ein wachsendes Verständnis bei Politikern und in der Öffentlichkeit dafür, daß der ingenieur- und naturwissenschaftliche Nachwuchs für die Sicherung der Lebenschancen unseres Landes wichtiger ist als je zuvor. Ich kann deshalb unsere Freunde in verantwortungsvoller Position in Wirtschaft und Industrie nur bitten, alle Erwägungen, die Ingenieurwissenschaften an den Sparmaßnahmen des Landes in geringerem Umfang zu beteiligen, mit Nachdruck zu unterstützen. Den Anstoß gegeben zu dem ansteigenden Interesse an den Fragen der Ingenieurausbildung hat zweifellos die breit geführte Diskussion in den Medien zu den Themen „Ingenieurmangel“ und „Technikfeindlichkeit“. Seit Beginn des Jahres häufen sich die Klagen über erhebliche Schwierigkeiten der Industrie, ihren Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Ingenieuren zu decken.

In einer Vielzahl von Stellungnahmen aus der Wirtschaft wird eine in der nahen Zukunft absehbare Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der deutschen Ingenieurtechnik prognostiziert, da, so die bittere Klage eines Berichts der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, das deutsche Bildungssystem offenkundig unfähig sei, hinreichend viele Ingenieure bereitzustellen. Gleichzeitig sprechen viele Stimmen von der Gefahr einer sich unter der Jugend ausbreitenden Technikfeindlichkeit, die immer mehr mögliche Begabungen vom Studium der Ingenieurwissenschaften abhalten und sie in die ohnehin überfüllten und mit geringen Berufschancen versehenen sozialwissenschaftlichen Studienfächer drängen ließe. Als letzter Sündenbock schließlich wird die reformierte Oberstufe ausgemacht, die mit ihren Wahlmöglichkeiten für persönliche Interessengebiete die Schüler dazu verleite, die als schwierig empfundenen Fächer wie Mathematik und Physik zu vernachlässigen, so daß die Studienanfänger mit unzureichenden Grundlagenkenntnissen an die Hochschulen kämen. Diese Diskussion verdeutlicht den eklatanten Mangel an Bedarfsprognosesystemen für manpower, die alle relevanten Faktoren mit gebührender Gewichtung berücksichtigen, wie sie in den USA erheblich sorgfältiger und zuverlässiger entwickelt wurden (beim Zweiten internationalen Kongreß für Ingenieurausbildung hörten wir ein aufschlußreiches Referat zu dieser Problematik). Bei uns scheinen alle Vorherschätzungen statistischen Zufälligkeiten unterworfen zu sein, war doch noch vor wenigen Jahren eindringlich vor dem Gespenst der Ingenieurarbeitslosigkeit und also auch vor dem Studium der Ingenieurwissenschaften gewarnt worden. Inzwischen haben alle aufgeführten Argumente von verschiedenen Seiten eine Relativierung erfahren, ihr politi-

scher Hintergrund wurde verdeutlicht. Eine aktuelle Knappheitssituation, d. h. Überhänge der offenen Stellen gegenüber den verfügbaren Bewerbern, besteht derzeit lediglich bei Ingenieuren des Maschinen- und Fahrzeugbaus und bei Elektroingenieuren, hier vor allem aufgrund der unerwartet boomartigen Entwicklung im Bereich der Mikroelektronik. Langfristig gesehen, sollte man mit der Prognose „Ingenieurmangel“ etwas vorsichtiger umgehen, da das Neuangebot an ingenieurwissenschaftlichem Nachwuchs in den nächsten zehn Jahren um rund 50 Prozent steigen wird, wenn man unterstellt, daß die Ingenieurwissenschaften ihren derzeitigen Anteil von etwas mehr als 20 Prozent an allen Hochschulabsolventen auch künftig halten werden. Die Erfahrungen unserer Technischen Hochschule sprechen, wie ähnliche Indizien auch, dafür, daß durch die günstigen Berufschancen der Studienwunsch Ingenieur in den nächsten Jahren erheblich zunehmen wird. Bereits in diesem Wintersemester haben die Ingenieurwissenschaften in Darmstadt ein Gewicht bekommen, wie wir es noch nie beobachten konnten: 70 Prozent aller Studienanfänger studieren Ingenieurwissenschaften, während sich die beiden anderen großen Studienbereiche unserer Hochschule, Naturwissenschaften und Sozialwissenschaften, je zur Hälfte in die restlichen 30 Prozent teilen. Das widerspricht völlig der These von der Technikfeindlichkeit unserer Jugend. Sollten unsere Studenten Fragen nach dem „richtigen“ Einsatz der Technik, Zweifel an der Notwendigkeit alles Machbaren und Gedanken zur Verantwortung des Ingenieurs in ihr Studium einbringen, so kann ich das nur begrüßen und sie auffordern, unsere fachübergreifenden Studienangebote zu nutzen. Wenn in diesem Zusammenhang immer wieder gefordert wird, Verständnis für die Probleme der Technik und Interesse für das Studium der Ingenieurwissenschaften schon in der Schule, in den Sekundarstufen I und II, zu wecken, sollte dies gerade für eine Technische Hochschule Anlaß sein, gemeinsam mit dem Land Hessen Überlegungen einzuleiten, unter welchen Voraussetzungen ein integrierter Lehrerstudiengang, der sich auch als Aufbau- oder Fortbildungsstudium denken läßt, entwickelt werden könnte, der praxisorientierte technische Komponenten mit wissenschaftstheoretischen und gesellschaftswissenschaftlichen Aspekten vereinigt. Die verbreitete Sorge, auch in der Jugend, vor der totalen Abhängigkeit von der Technik und den damit verbundenen Gefahren könnte auf diese Weise allmählich einem stärker versachlichten Verhältnis zwischen Technik und Gesellschaft weichen, das Technik als wesentlichen Bestandteil unserer heutigen Kultur anerkennt und dazu beiträgt, Barrieren abzubauen und das Verständnis für die unterschiedlichen Denkweisen der angewandten Naturwissenschaften und der Sozialwissenschaften zu fördern. Es ist höchste Zeit, das klassische Bildungsideal zu ergänzen durch die Hinführung zu technischen Lebenssachverhalten im Sinne einer modernen „Kulturtechnik“. Diese Bemühungen müssen in der Schule beginnen, um auf der einen Seite technisch interessierten jungen Menschen eine wirklichkeitsnahe Vorstellung von den Aufgabengebieten und Arbeitsweisen des Ingenieurs

und seiner sozialen, politischen und gesellschaftlichen Verantwortung zu vermitteln, auf der anderen Seite um jene, die zur Ablehnung der Technik neigen oder die ihre Interessen auf anderen Gebieten suchen, zumindest zu sachlicher und einsichtiger Diskussion zu befähigen. Bevor es jedoch keine entsprechende Lehrerausbildung gibt – un hier liegt die Initiative bei Landesregierungen und Hochschulen –, können die Gymnasien dieser Aufgabe nicht gerecht werden.

Bleibe noch das Argument der ungenügenden Vorbereitung der Abiturienten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern durch die Schule. Auch ich höre von den Professoren der ingenieurwissenschaftlichen Fächer Klagen, die in diese Richtung gehen. Um dem Problem auf den Grund zu gehen, habe ich eine Untersuchung angeregt anhand der Abiturzeugnisse unserer Studienanfänger. Eine erste grobe Übersicht widerspricht eindeutig der Vermutung, Schüler mit dem Studienwunsch Ingenieurwissenschaften würden in der Mehrzahl nicht mehr als die mathematische Pflichtausbildung mitbringen, die übrigens entgegen weitverbreiteter Ansichten immer noch mindestens dem entspricht, was das herkömmliche Modell des Gymnasialunterrichts geboten hat. Wir können jedenfalls feststellen, daß der weitaus größte Teil unserer Studienanfänger der Fächer Maschinenbau, Elektronik, Physik und Chemie bereits in den beiden letzten Jahrgangsstufen des Gymnasiums entsprechende Interessenschwerpunkte gebildet und Leistungskurse in Mathematik und Physik bzw. Chemie besucht hat. Wenn trotzdem Defizite beobachtet werden, so mag dies unterschiedliche Ursachen haben: Einmal ist der Wissensstand der Abiturienten in nahezu allen Fächern durch die Möglichkeit der Schwerpunktbildung in der reformierten Oberstufe uneinheitlicher geworden. Zum andern kann die Verwissenschaftlichung des Unterrichts in den Leistungskursen, durch die dem Schüler völlig neue Lerninhalte erschlossen wurden, auch zu einer Unsicherheit in der Beherrschung grundlegender mathematischer Verfahren geführt haben. Und drittens fällt auf, daß unsere Studenten verhältnismäßig spät ihr Studium beginnen. Daraus kann man schließen, daß sie in der Regel zwischen Schulabschluß und Studienbeginn ihren Wehr- oder Ersatzdienst ableisten und in dieser Zeit ein Teil der erarbeiteten Kenntnisse verlorengeht oder verschüttet wird. Es ist uns durch diese Überlegungen bewußt geworden, daß der gemeinhin angenommene unmittelbare Übergang von der Schule zur Hochschule gerade in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern, die noch immer eine fast ausschließlich männliche Domäne sind, durch die Bundeswehr unterbrochen wird und daß diese Zeit von einer in der Schule erworbenen hohen Qualifikation im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich zu einer Unterqualifikation führen kann. Ich mache diese Andeutungen mit allem Vorbehalt, da unsere Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Soviel läßt sich jedoch schon sagen, daß man sich vor Pauschalurteilen hüten sollte, und daß auch die Hochschule darüber nachdenken muß, wie sie auf die Veränderungen im Schulsystem zu reagieren hat.

Abschließend möchte ich Ihnen einen knappen Ausblick geben auf die Zukunftsaufgaben unserer Hochschule, auf deren Verwirklichung wir alle Anstrengungen richten müssen; denn Resignation ist keine Lösung. Wenn wir überzeugende Konzepte entwickeln, wird es uns auch gelingen, die notwendigen Bundesgenossen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Öffentlichkeit zu gewinnen, die wir in den vor uns liegenden schwierigen Zeiten brauchen.

Einer der Schwerpunkte der künftigen Arbeit innerhalb der Hochschule wird weiterhin bei der Studienreformatarbeit liegen. Was wir hier bislang erreicht haben, kann sich sehen lassen und hat auch außerhalb Anerkennung gefunden. Nun geht es darum, in absehbarer Zeit auch die restlichen der noch „alten“ Studiengänge an die Rahmenstudienordnung behutsam anzupassen. Lassen wir uns das Heft nicht aus der Hand nehmen und uns auf die möglichen Ergebnisse der bundesweiten Studienreformkommissionen verträsten! Es könnte ein langes, vergebliches Warten werden. Studienreform kann meiner festen Überzeugung nach nur dort vernünftig und effektiv betrieben werden, wo geforscht und gelehrt wird, also an den Universitäten selbst. Ich sehe im übrigen wahrlich kein Unglück darin, wenn nicht alle Studiengänge eines Faches über einen bundesrepublikanischen Leisten geschlagen werden. Im Gegenteil: Die Hochschulen sollten auch in der Lehre, wie sie es seit jeher in der Forschung tun, ihren Besonderheiten Rechnung tragen dürfen, ja ich meine, erst die Differenzierung wird das deutsche Bildungswesen erhalten und ausbauen. Ein weiterer Punkt wird der Bereich Weiterbildung der schon im Berufsleben stehenden Akademiker sein. Natürlich weiß ich nur zu gut, daß in Zeiten voller Hörsäle und didaktisch eigentlich nicht mehr vertretbar großer Übungsgruppen es zunächst darum geht, die ordnungsgemäße Ausbildung der Studenten sicherzustellen. Das darf jedoch nicht als Entschuldigung dienen, das Problem Weiterbildung zu den Akten zu legen. Denn wenn einmal – wann, wage ich nicht zu prophezeien – die Kapazitäten es zulassen, auch auf diesem Gebiet mit Lehrangeboten an die Öffentlichkeit zu treten, dann kann man nicht ein neues Programm nebenbei aus dem Ärmel schütteln. Es muß sorgfältig vorbereitet und diskutiert werden. Ich halte es deshalb für dringend erforderlich, daß die Fachbereiche sich schon jetzt der Sache annehmen und Lehrpläne für die Weiterbildung von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern usw. entwickeln, um, sobald es die Umstände gestatten, sofort starten zu können.

Ausbauen sollte die Hochschule auch ihr „Studium für alle“. Die Nachfrage zeigt, daß in der Region Darmstadt großes Interesse an dieser Form der Weiterbildung besteht und viele sie wahrnehmen. Im übrigen bin ich der Auffassung, daß der Steuerzahler, der ja nicht unerhebliche Mittel für die Universitäten aufbringt, ein Recht hat, an dem Bildungsangebot dieser staatlichen Einrichtungen zu partizipieren, unabhängig davon, welchen Schulabschluß er vorweisen kann.

In der Forschung wird es, wie die Dinge liegen, kurzfristig nur schwer möglich sein, neue Schwerpunkte an der Hochschule zu etablieren, obschon nur in

einer solchen Weiterentwicklung die Chance der Hochschule in der Zukunft liegen wird. Vorderhand wird es in erster Linie darum gehen, das Vorhandene abzusichern. Es ist notwendig, daß die laufenden Projekte erfolgreich zu Ende gebracht werden. Doch dies darf natürlich nicht bedeuten, resignierend die Hände in den Schoß zu legen und auf „gutes Wetter“ zu warten. Das wäre verhängnisvoll. Die Hochschule muß sich auch weiterhin bemühen, neue Forschungsschwerpunkte anzusiedeln.

Ich bin überzeugt, daß die Wissenschaftler der TH Darmstadt wie immer schon in der Lage und willens sind, neue Ideen zu entwickeln und für deren Verwirklichung in Forschungsprojekten zu kämpfen. Ich bin auch überzeugt, daß die finanzierenden Instanzen dies letztlich honorieren müssen – in der Erkenntnis, daß die notwendigen Innovationen für die Volkswirtschaft zu einem bedeutenden Teil stets von den Universitäten ausgegangen sind und auch künftig ausgehen werden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung **Verschiedenes** erfolgten keine Wortmeldungen. Nach kurzer Pause hielt Herr Professor Dr. rer. nat. Kurt Schetelig unter Punkt 8 der Tagesordnung den **Festvortrag** mit dem Titel

Die Trinkwasser-Talsperre Mornos für Athen (Griechenland), ein typisches Beispiel für die Aufgaben der Ingenieurgeologie in der Gegenwart.

Der Autor überließ uns liebenswürdigerweise nachstehende Kurzfassung seines Vortrags sowie einige Angaben über seinen Werdegang:

Eines der schwerwiegendsten Probleme der kommenden Jahrzehnte wird eine befriedigende Wasserversorgung der großen Ballungszentren in den Tropen und Subtropen sein. Griechenland hat diese Aufgabe für den Großraum Athen mit 3 Millionen Einwohnern durch den Bau des Mornos-Dammes für mindestens 50 Jahre gelöst.

Der größte Teil der griechischen Bevölkerung lebt im regenarmen Osten des Landes, während die Hauptniederschläge in den Randgebirgen im Westen fallen, und zwar bis zu 3000 mm/Jahr, vorzugsweise im Winterhalbjahr. Da Grundwasservorkommen in der für Athen benötigten Größenordnung nicht zur Verfügung stehen, wurde die Errichtung eines großen Staubeckens mit rund 600 Mio. m³ Volumen am nächstgelegenen Fluß, dem Mornos, notwendig, etwa 50 km westlich Delphi gelegen. Die Fortleitung des Wassers von der Sperre nach Athen erforderte den Bau einer 180 km langen Wasserleitung für 10 m³/s. Dabei mußten drei Gebirgszüge mit insgesamt 60 km Stollen unterfahren werden.

Die ungünstigen topographischen und geologischen Verhältnisse zwangen dazu, einen Stauraum zu akzeptieren, in dem an vielen Stellen verkarstete Kalksteine vorkommen. Bei solchen von offenen Spalten und Höhlen durchzogenen Kalksteinen besteht häufig die Gefahr großer Wasserverluste aus dem Staubecken in weit entfernt gelegene Nachbartäler, in talabwärts gelegene Bereiche oder gar direkt ins Meer. In einer umfangreichen geologischen

Untersuchung mußte der Untergrund in einem rund 20 km² großen Gebiet bis in große Tiefen bezüglich dieser Hauptfrage und möglicher Wasserabzugswege erkundet werden. Dies geschah in erster Linie durch eine sorgfältige geologische Oberflächenkartierung, die an einigen charakteristischen Punkten durch Aufschlußbohrungen bis maximal 400 m Tiefe unterstützt wurde. Dadurch konnte schließlich nachgewiesen werden, daß ein großer Teil der verkarsteten Kalksteinvorkommen isolierte Schuppenstrukturen bildet, die im Zuge der Gebirgsbildung von ihrer ursprünglichen Auflagefläche abgetrennt und heute von dichten Gesteinsschichten umschlossen werden. Damit kann es bei einem Aufstau nur noch zu einer wechselnden Füllung und Entleerung der Hohlräume im Fels, nicht aber zu ständigen Wasserverlusten kommen.

Ein großes Kalksteinvorkommen hat jedoch Verbindung bis zum Meer. Dies zwang zu der größten Untergrundabdichtung innerhalb eines Staubeckens, die bisher auf der Welt bekannt wurde:

300 000 m² Asphaltbetondichtung, ein 3 km langer Injektionsstollen mit 100 000 m² Dichtungschleier.

Auch die Sperrstelle für den 135 m hohen Damm bot ein besonderes Problem. Das rechte Widerlager wird von einer tiefreichenden Felssackung gebildet. Bis 80 m Tiefe ist der Fels durch Gleit- und Kriechbewegungen zerschert und aufgelockert. Dadurch war die Festigkeit einer Felsmasse von 40 Millionen m³ stark herabgesetzt, und gleichzeitig als Folge der Auflockerung die Wasserdurchlässigkeit erhöht. Ein Teil dieser instabilen Masse wurde gesichert, indem der Damm darauf gegründet wurde. Dies verlangte dann eine tiefe und weit bergewärts reichende Untergrundabdichtung. Entscheidend war aber, daß etwa die Hälfte dieser kritischen Felsmasse in den Stauraum reicht. Um hier einen sicheren Betrieb zu gewährleisten und die Entstehung großer Rutschungen sicher zu verhindern, war eine Vorschüttung von 10 Millionen m³ erforderlich.

Derartige Sonderprobleme wie extreme Durchlässigkeit des Staubeckens, nicht ausreichende Stabilität von Böschungen oder bei Erdbeben, sind heute und noch mehr in der Zukunft typisch für zahlreiche große Wasserbauvorhaben, vor allem in den Ländern der dritten Welt.

Solche ingenieurgeologischen Fragestellungen beeinflussen in hohem Maße das Sicherheitskonzept der großen Talsperren. Sie in befriedigendem Maße zu lösen ist eine der vordringlichsten Aufgaben des Bauwesens und der Geologie, wenn der Hunger in der Welt ein wenig vermindert werden soll.

Der Autor ist seit zwei Jahren als Professor für Ingenieurgeologie und Nachfolger des kürzlich verstorbenen G. Solle am Geologisch-Paläontologischen Institut der Technischen Hochschule Darmstadt tätig. Vorher arbeitete er 14 Jahre bei der Lahmeyer International GmbH in Frankfurt, die auch die Planung und Beratung bei der Bauausführung für das oben geschilderte Projekt im Auftrag der griechischen Regierung durchführte.

Der Autor versucht, die in diesen Jahren gewonnenen Erfahrungen in der Lehre weiter zu vermitteln und in geeignete Forschungsprojekte einzubringen. Es ist ihm ein besonderes Anliegen, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studenten auf die besonderen Aufgaben der Zukunft – gerade auch in der dritten Welt – vorzubereiten. Er versucht dies durch die Vermittlung von länger dauernden Aufenthalten als Praktikanten, der Mitarbeit bei wissenschaftlichen und technischen Vorhaben und auf längere Sicht einen regelmäßigen Austausch mit ausländischen Hochschulen oder entsprechenden Institutionen.

Lebhafter Beifall für den Redner bekundete das große Interesse der Zuhörer an diesem Thema. Der Vorsitzende dankte Herrn Professor Schetelig für seinen fesselnden Vortrag und beschloß damit die Mitgliederversammlung. Zum Ausklang der Jahrestagung 1981 trafen sich Mitglieder und Gäste zu einem geselligen Beisammensein im Georg-Moller-Haus.

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller
Vorsitzender

Dr. rer. nat. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer